

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

PARTEITAG - SONDERDIENST

Hannover, 28. Juni 1947
Tel. 209 51/52

Nürnberg 1947 - Rahmen und Inhalt

In glühender Hitze begann am Sonnabend auf dem Gelände der Rosenau in Nürnberg der inoffizielle Teil des zweiten Parteitagess der SPD seit ihrer Erneuerung mit der Sitzung des Parteivorstandes und des Parteausschusses, bei denen die letzten Vorbereitungen für den Parteitag selbst als einzige Punkte auf der Tagesordnung standen. Diese Sitzungen fanden im Nürnberger Rathaus statt. Für den Parteitag selbst war seit längerem die Rosenau vorgesehen, eine Anlage inmitten der Stadt, auch unweit des Hauptbahnhofes, in deren Mittelpunkt ein erst kürzlich errichteter mittelgroßer Zirkusbau steht, den einige kleine Baracken umgeben. Hier hat der Parteivorstand sein Büro aufgeschlagen. Dazu kommen eine Arbeitsbaracke für die Presse, eine Postbaracke und eine Erfrischungsbaracke. Einziges Mobiliar in allen Räumen sind neben wenigen Gartenstühlen und Gartentischen Telefonapparate. Es lässt sich kein grösserer Kontrast zwischen dieser äusserlichen Einfachheit und Beschränkung auf das Notwendigste und dem bombastischen Aufwand denken, den die Nazis seinerzeit in Nürnberg trieben.

Die Wahl Nürnbergs als Ort für den Parteitag 1947 der SPD ist mancherorts auf Unverständnis und Kritik gestossen. Die Argumente, mit denen man solche Einwände zurückgewiesen hat, sind bekannt. Neben allem anderen aber ist zu bedenken, dass nirgends sinnfälliger der ungeheuerliche Unterschied in der Denkungsweise jener Zeit und jener Partei zu den Auffassungen demonstriert werden konnte wie sie in der SPD im politischen wie im rein menschlichen Bereich gelten - den Nachdruck nicht auf den äusseren Schein, sondern auf den inneren Wert einer Sache und des Menschen zu legen.

Die Organisation hat gut gearbeitet - das ist sofort nach dem Eintreffen in Nürnberg festzustellen. In wenigen Minuten sind im Quartiernachweis auf dem Bahnhof für den ordnungsgemäss Angemeldeten die Formalitäten erledigt. Ausgerüstet mit den notwendigen Materialien und Papieren kann er sich getrost auf den Weg machen, um zunächst einmal, sofern er lange Jahre nicht in Nürnberg war - und für sehr viele Delegierte und Gäste trifft das zu - das Wiedersehen mit der so gänzlich veränderten, weil entsetzlich verstümmelten schönen Altstadt innerlich einigermaßen fertig zu werden und sich auch äusserlich in seinem neuen Bild zurecht zu finden.

Gäste aus dem Ausland

Weit stärker als im vorigen Jahr in Hannover sind diesmal die Sozialdemokratischen Parteien des Auslandes vertreten, denn viele Verbindungen, die durch den Krieg unterbrochen waren, sind inzwischen in recht mühevoller Arbeit wieder aufgenommen worden. Zürich hat das klar bewiesen, trotz des bedauerlichen Entschlusses, die SPD noch

nicht sofort und uneingeschränkt in den Kreis der übrigen Bruderparteien aufzunehmen.

Am Sonnabend waren in Nürnberg inzwischen eingetroffen, bzw. wurden mit Bestimmtheit erwartet:

Louis de Bruckère, Brüssel - Vorsitzender des Internationalen Kontaktkomitees

Joe Reeves - Mitglied des Exekutivkomitees der Labour Party

Salomon Grumbach, Paris - Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung

eine Delegation der französischen Sozialistischen Partei (SFIO),

Mr. M. van der Goes van Naters

W. Thonassen

J. M. Willens

L. J. Kleyn

} Delegation der Partei der Arbeit
Hollands

Haakon Lie, Norwegische Arbeiterpartei

H. C. Hansen

Fræder Nielsen

} Sozialdemokratische Partei Dänemarks

Kaj Björk

Eril Wallin

} Sozialdemokratische Partei Schwedens

Juls Humbert-Droz

Bringolf

} Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Alberto Simonini

Mario Zagari

Bianca Pittoni

Gabriele Meyer

} Sozialistische Arbeiterpartei Italiens

Dr. Schärf, Vizekanzler

Rosa Jochmann

G. Brille Proft

} Sozialistische Partei Österreichs

Mendelsohn, Weltorganisation des "Bund"

Vertreter der PPS Polen, der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei und Buchinger, Ungarn.

Aus einer ganzen Reihe von Ländern, in erster Linie England, waren auch zahlreiche deutsche Sozialdemokraten nach Nürnberg gekommen. Viele von ihnen zum ersten Male, seit sie ihre Heimat verlassen hatten. Mehr als alles andere, mehr als die Ruinen der grossen Städte und die ständlich fortschreitende Verelendung auf allen Gebieten, so hörte man immer wieder, habe ihnen das schreiende Elend der Kinder und Jugendlichen ans Herz gegriffen, gegen das unbedingt noch mehr in der Welt getan werden müsse.

Anträge und Vorschläge

Die Tagesordnung des Parteitages sah zwei grosse grundsätzliche politische Referate vor, das von Dr. Kurt Schumacher mit dem Thema "Deutschland und Europa" und das von Dr. Walter Menzel, stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister von Nordrhein-Westfalen über den "Aufbau der Deutschen Republik". Das ständige Mittelstück eines Parteitages, der Arbeitsbericht des Parteivorstandes, gliedert sich in die Abteilungen: Politisches Wahlrecht (Referent: Gen. Erich Ollenhauer), Organisation und Kasse (Referent: Gen. Alfred Nau), Presse und Propaganda (Referent: Gen. Fritz Heine), Frauenarbeit (Referent: Gen. Herta Gottschelf) und Bericht der Kontrollkommission (Referent: Gen. Adolf Schönfelder). Daneben standen zwei Berichte über die vorangegangene wirtschaftspolitische und kulturpolitische Tagung und die Wahl zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission. Schon vor Beginn des eigentlichen Parteitages lagen zahlreiche Anträge von Landesorganisationen, Bezirken und Unterbezirken und Ortsvereinen zu brennenden Gegenwartsfragen vor,

deren Zusammensetzung ein getreues Spiegelbild der Forderungen und Auffassungen bildet, die heute in weiten Kreisen der SPD vertreten werden. Die Landesorganisation Hamburg zum Beispiel empfahl dem Parteitag, für eine "Vertretung aller Deutschen" einzutreten, die sich durch Naziverbrechen nicht selbst von den Rechten des Volkes ausgeschlossen hätten, und die sich "auf das Mandat dieses deutschen Staatsbürgers selbst stützen muß." Der demokratisch erkennbare Wille der Völker würde in allen demokratischen Staaten der Welt durch Wahlen für politische Parteien gebildet. Es müßten daher auch in Deutschland in allen Zonen freie Wahlen unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden. Das ist der Kern eines sehr ausführlichen Entschließungsantrages mit angefügter Begründung im einzelnen.

Der Bezirk Groß-Berlin bat, den Landesverband Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen. Zahlreiche Unterbezirke und Ortsvereine kamen in ihren Anträgen auf die Kölner Beschlüsse zurück und beantragten Parteitag-Entscheidungen im Sinne von Mindestforderungen der Partei, von deren Annahme die weitere Beteiligung an Koalitionsregierungen in den Ländern abhängig zu machen sei. Weiterhin wurden mehrfach Neuwahlen der Gemeinde-, Amts- und Kreisvertretungen gewünscht, mit der Begründung, daß die gegenwärtigen tatsächlichen parteipolitischen Voraussetzungen keineswegs mehr den Ergebnissen der Wahl vom 20. April entsprechen. Dieser Antrag kam aus der britischen Zone. Weitere Anträge betrafen die Einführung leicht modifizierter Mehrheitswahlrechte mit einzelnen Wahlkreisen (Bezirk Schleswig-Holstein), die Fragen einer Volksabstimmung über Sozialisierung und einer wirksameren Bodenreform und Neuordnung der Agrarwirtschaft, die grundlegende Erneuerung des Erfassungs- und schärfste Kontrolle des Verteilungssystems, eine gemeinsame Aktion der Partei und der Gewerkschaften gegen die Demontage der Maschinen und Werkstätten, härteste Bestrafung aller Großschieber und schließlich eine Reihe Fragen aus dem Bereich der sozialistischen Kulturarbeit.